

Die neue Regierung der Moldovarepublik: Reformperspektiven nach den Parlamentswahlen

Büscher, Klemens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Büscher, K. (1998). *Die neue Regierung der Moldovarepublik: Reformperspektiven nach den Parlamentswahlen*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 23/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47496>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die neue Regierung der Moldovarepublik

Reformperspektiven nach den Parlamentswahlen

Zusammenfassung

Vor den zweiten freien Parlamentswahlen in der Republik Moldova waren Wirtschaftskrise und soziale Lage die zentralen Themen der politischen Auseinandersetzung. Aus der Abstimmung vom 22. März 1998 gingen die Kommunisten (40 von 101 Mandaten), aber auch die beiden prorumänischen Parteien des rechten Lagers (zusammen 37 Sitze) gestärkt hervor. Nach langem Ringen entschieden sich die Präsident Lucinschi nahestehenden Zentristen für ein Bündnis mit den Rechtsparteien, um die dringend erforderlichen Wirtschaftsreformen anzugehen. Die am 21. Mai vom Parlament bestätigte neue Mitte-Rechts-Regierung wird auf Drängen des Präsidenten vom bisherigen Premier Ion Ciubuc geführt, basiert jedoch auf einer insgesamt fragilen Machtkonstellation. Während eine Lösung des Transnistrienkonflikts weiterhin nicht in Sicht ist, sind die Voraussetzungen für eine durchgreifende wirtschaftliche und politische Modernisierung heute günstiger denn je.

Die zweiten freien Parlamentswahlen

Am 22. März 1998 waren 2,4 Mio. Wahlberechtigte in der Republik Moldova aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Auch bei den insgesamt fünften landesweiten Wahlen seit 1991 haben internationale Wahlbeobachter keine schwerwiegenden Verletzungen der Grundsätze demokratischer und freier Wahlen festgestellt – ein Hinweis darauf, daß demokratische "Spielregeln" und Verfahrensweisen in Moldova zunehmend akzeptiert und verinnerlicht werden. Während bei vorangegangenen Wahlen lokale Autoritäten insbesondere auf dem Land das Wahlverhalten teilweise erheblich zu beeinflussen verstanden, scheinen die jüngsten Wahlen auf eine gewisse Emanzipation der Wählerschaft hinzudeuten.¹

Im Wahlkampf von 1994 stand noch die Frage der staatlichen Unabhängigkeit und einer möglichen Vereinigung mit Rumänien im Vordergrund. Mittlerweile wurde das Reizwort "Vereinigung" durch Auseinandersetzungen über die Reformpolitik abgelöst. Daß die Polarisierung um die nationalstaatliche Frage spätestens seit 1997 in den Hintergrund geriet, ist vor allem der sich dramatisch zuspitzenden ökonomischen Krise geschuldet, die gegenwärtig alle anderen politischen und gesellschaftlichen Problemfelder überlagert. Dementsprechend waren in den Wochen vor dem 22. März Wirtschaft und soziale Lage die zentralen Themen des Wahlkampfes.

¹ Vgl. Claus Neukirch: Quo Vadis Moldova?, in: Südosteuropa-Mitteilungen 2/1998 (i. E.).

Das 1997 verabschiedete moldauische Wahlgesetz legt fest, daß sich Parteien, Wahlbündnisse und unabhängige Kandidaten gleichermaßen um Sitze im obersten Gesetzgebungsorgan bewerben können. Kritik wurde an der Bestimmung geäußert, wonach auch für unabhängige Kandidaten die 4%-Hürde gilt – was im theoretischen Falle der Überwindung dieser Barriere dem entsprechenden Abgeordneten mindestens vier der 101 Sitze im Parlament beschert hätte. Problematisch ist zudem die Zusammenfassung des gesamten Staatsgebiets in einen Wahlkreis bei reinem Verhältniswahlrecht. Dadurch kommen regionale Besonderheiten, etwa kompakte Siedlungsgebiete nationaler Minderheiten nicht ausreichend zur Geltung.² Insgesamt stellten sich neun Parteien, sechs Wahlbündnisse aus zusammen 23 Parteien sowie 60 Einzelkandidaten zur Wahl. Diese unübersichtlich große Zahl von Bewerbern mit oftmals unklarem programmatischen Profil stellte für viele Wähler eine Überforderung dar. Allerdings können die Spitzenpolitiker und Parteien Moldovas ungeachtet des noch nicht konsolidierten Parteiensystems durchaus klaren politisch-ideologischen Positionen zugeordnet werden. Anders als etwa in der benachbarten Ukraine, wo Parteien nicht selten Klanstrukturen, Brancheninteressen oder das Machtstreben Einzelner reflektieren, lassen sich in Moldova andere Akteure als die des formalen Institutionengefüges nur schwer identifizieren. Parteiensystem, Parlament und Exekutive sind weitaus mehr als nur die Bühne für Macht- und Verteilungskonflikte rivalisierender ökonomischer Handlungseinheiten.³ Zur Überraschung aller Beobachter gelang es am 22. März bei einer Beteiligung von 69,1% nur vier Parteien bzw. Bündnissen, mehr als vier Prozent der Stimmen auf sich zu vereinigen. Dadurch sind gut 76% der Wahlstimmen im Parlament repräsentiert, während knapp 24% auf nicht erfolgreiche Bewerber entfielen.

Partei/Wahlbündnis	Stimmenanteil	Parlamentssitze
Partei der Kommunisten der Republik Moldova (PKRM)	30,01%	40
Demokratische Konvention Moldovas (DKM)	19,42%	26
Bündnis "Für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova" (BDPM)	18,16%	24
Partei der Demokratischen Kräfte (PDK)	8,84%	11
		gesamt: 101

Quelle: Nezasivimaja Moldova, 7.4. und 14.4.1998.

Größte Überraschung des Wahlergebnisses war die vernichtende Niederlage der langjährigen Mehrheitspartei DAPM (Demokratische Agrarpartei Moldovas) und des zumeist mit ihr kooperierenden Blocks "Sozialistische Einheit", der 1994 noch 22% der Stimmen erhalten hatte. Die DAPM erhielt nur 3,63%, die "Sozialistische Einheit" gar nur 1,83%. Doch das Wahlergebnis reflektiert bei näherer Betrachtung mehr Kontinuität als zunächst sichtbar. Zwar gelangte keine politische Formation des alten unverändert in das neue Parlament, doch ergaben sich nach den Umgruppierungen der Parteienlandschaft innerhalb wie außerhalb des Parlaments faktisch nur geringe, wenn auch entscheidende Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in der Legislative zugunsten der prorumänischen rechten Parteien.⁴ Mit über 28% der Stimmen ging das prorumänische Lager klar gestärkt aus den Wahlen hervor. Die Demokratische Konvention (DKM), bestehend v.a. aus der Partei der Wiedergeburt und Versöhnung Moldovas des Ex-Präsidenten Snegur und der Christdemokratischen Volksfront, profitierte dabei in erster Linie von Snegurs immer noch großer Popularität. Die kleinere Partei der Demokratischen Kräfte (PDK) vertritt liberale Reformpositionen,

² Am 27. Mai 1998 hat das moldauische Verfassungsgericht das Wahlgesetz in allen Punkten für verfassungskonform erklärt.

³ Der Niedergang der Demokratischen Agrarpartei und die Niederlage der Wirtschaftslobby-Partei "Furnica" bestätigen diesen Befund des Primats politischer vor ökonomischen Interessen in der moldauischen Politik.

⁴ Zu Wahlkampf und Wahlergebnis vgl. ausführlich Neukirch (Anm. 1) sowie Klemens Büscher/Valeriu Mo^oneaga: Die Moldaurepublik vor dem Neubeginn? Parlamentswahlen und Regierungsbildung im siebten Jahr der Unabhängigkeit, Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Kiew, Aktuelle Studien 2, Mai 1998.

die denen der Demokratischen Konvention weitgehend vergleichbar sind, mußte sich im Wahlkampf jedoch heftige polemische Angriffe seitens der Konvention gefallen lassen.

Klar stärkste Partei wurde die PKRM, die die Stimmen nahezu des gesamten linksorientierten Lagers erhielt. Über ihr spezifisches Wählerpotential der russischsprachigen Stadtbevölkerung hinaus übernahm die PKRM zahlreiche moldauische ehemalige DAPM-Wähler auf dem Land. Auch der extrem prorussische Block "Sozialistische Einheit" konnte der populistischen, sowjetnostalgischen Kampagne der Kommunisten, die sich kurz vor den Wahlen im Hinblick auf eine erhoffte Regierungsbeteiligung inhaltlich flexibel und zur Koalition mit dem BDPM bereit zeigten, nichts entgegenhalten.

Nicht unzufrieden mit dem Abschneiden des zentristischen Blocks "Für ein Demokratisches und Prosperierendes Moldova" (BDPM) dürfte Präsident Lucinschi gewesen sein. Der vom Lucinschi-Vertrauten Dumitru Diacov geführte Block befürwortet eine konsequente Reformpolitik, die zugleich jede gesellschaftliche und politische Polarisierung zu vermeiden versucht. Im Wahlkampf stellte Diacov vor allem die Nähe zum Präsidenten und die Unterstützung durch Vertreter aller nationalen Gruppen heraus. Allerdings ist der Wahlblock ebenso wie die Demokratische Konvention ein Zweckbündnis unterschiedlicher Kräfte, das noch keine konsolidierten, tragfähigen Parteistrukturen ausgebildet hat.

Boykottiert wurden die Wahlen wie erwartet von der Führung der separatistischen "Transnistrischen Moldovarepublik". Dessen Bewohner sind zwar de jure moldauische Staatsbürger, denen die moldauische Regierung spezielle Wahllokale auf dem von Chişinău kontrollierten Gebiet westlich des Dnjestr zur Verfügung stellte. Allerdings wurde die transnistrische Bevölkerung durch Einschüchterungen und Blockaden des Verkehrs über die Dnjestr-Brücken trotz internationaler Proteste an der Ausübung ihres verfassungsmäßigen Wahlrechts gehindert. Nur ein Prozent der knapp 400.000 Wahlberechtigten konnte an den Parlamentswahlen teilnehmen.

Der lange Weg zur Regierungsbildung

Die Zusammensetzung der neuen Legislative mit einer etwa gleich starken linken (40 Sitze) und rechten (37) politischen Repräsentanz stellte den zentristischen Block vor die schwierige Alternative einer Kooperation mit Kommunisten oder den Rechtsparteien. Unmittelbar nach der Wahl begannen Koalitionsverhandlungen mit allen Gruppierungen, die nach langem Ringen in der Bildung einer Allianz für Demokratie und Reformen (ADR) aus den 61 Abgeordneten von DKM, PDK und BDPM mündeten. Der Koalitionsvertrag sieht die Übernahme der gemeinsamen Regierungsverantwortung sowie die Verteilung der Regierungsämter entsprechend der Größe der drei Fraktionen nach dem Schlüssel "2+2+1" vor. Der BDPM-Chef Diacov wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt, dem der Vorsitzende der PDK Valeriu Matei und der DKM-Kovorsitzende Iurie Roşca als Vertreter zur Seite stehen. Vereinbart wurde zudem, der Konvention die Position des Ministerpräsidenten einzuräumen. Ex-Präsident Snegur verzichtete im Hinblick auf das belastete Verhältnis zu Lucinschi auf ein Regierungsamt, der sich seinerseits zu einer Versöhnung mit dem rechten Lager bereit zeigte.

Die Entscheidung für eine Mitte-Rechts-Koalition war aus inhaltlichen Erwägungen naheliegend, da alle drei Partner ähnliche sozioökonomische Reformziele verfolgen. Die Rechtsparteien waren zu weitreichenden Kompromissen in allen Fragen bereit, bei denen ursprünglich Zentristen und Kommunisten größere Gemeinsamkeiten aufwiesen. Dies betrifft in erster Linie die Frage der staatlichen Unabhängigkeit, die Außenpolitik, die Minderheitenpolitik und die Lösung des Transnistrienkonflikts.⁵ Insbesondere die Christdemokratische Volksfront hat ihre extrem antirussischen Auffassungen hintangestellt und die GUS-Mitgliedschaft des Landes als Fakt akzeptiert. Der Volksfrontführer Roşca betonte, ein Anschluß an Rumänien stünde derzeit nicht auf der Agenda, obwohl "die Vereinigung mit Rumänien ein Traum der Volksfrontmitglieder" sei.⁶ Die Koalitionsvereinbarung enthält als gemeinsame Zielsetzungen der drei ADR-Partner u.a. die

⁵ Vgl. Vladimir Solonar': Neizbežnost' koalicii, Nezavisimaja Moldova, 6.5.1998.

⁶ Infotag, 22.4.1998.

Konsolidierung der Unabhängigkeit, die Lösung des Separationskonflikts im Rahmen der Verfassung (die ja eine Territorialautonomie für Transnistrien vorsieht) sowie den Schutz der Minderheitenrechte. Darüber hinaus wurde eine auf dem Verfassungsprinzip der Neutralität beruhende ausgewogene Außenpolitik vereinbart, die neben der europäischen Integration ausdrücklich auch die "Festigung der Verbindungen mit Rußland und anderen Partnern in der GUS, ohne deren militärpolitischen Strukturen beizutreten"⁷, anstrebt. Ungeachtet der Durchsetzung sämtlicher Programmpunkte der Zentristen hat die Koalition mit der Volksfront zweifellos Enttäuschung unter den Minderheiten innerhalb wie außerhalb des BDPM hervorgerufen. Heftiger Protest gegen die Koalition mit den prorumänischen Parteien wurde vor allem in Gagausien geäußert, wo die neugegründete Bewegung Halk Birlii (Einheit des Volkes) zu einem Bündnis "gegen die schrittweise Vereinigung mit Rumänien" und für die Verteidigung der gagausischen Autonomie aufrief.⁸

Die Alternative einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten ist ursprünglich von manchem aus dem Lager der Zentristen favorisiert worden, doch erwiesen sich für eine solche Mitte-Links-Koalition inhaltliche Differenzen als unüberbrückbar. Die PKRM war nicht bereit, die politischen und wirtschaftlichen Realitäten, vor allem die Notwendigkeit einer Kooperation mit Rußland und dem Westen anzuerkennen. Größtes Problem dieser Variante wäre das katastrophale internationale Image einer kommunistisch dominierten Regierung gewesen, das die Zusammenarbeit mit internationalen Wirtschafts- und Währungsinstitutionen erheblich erschwert hätte. Bezeichnend ist allerdings, daß der stets auf Harmonie bedachte Präsident bis zuletzt seine Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit auch mit dem PKRM-Vorsitzenden Voronin verkündete und auf das Zustandekommen der ADR sehr zurückhaltend reagierte.⁹ Ausschlaggebend dafür war nicht nur seine Skepsis gegenüber den Rechtsparteien, die ihn in der Vergangenheit oftmals persönlich angriffen. Erinnert sei auch daran, daß die Kommunisten im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen Ende 1996 Lucinschi zum Sieg verhalfen. Im Hinblick auf kommende Wahlen liegt es nicht im Interesse Lucinschis, die PKRM völlig zu isolieren.

Die Neigung des Präsidenten zu parteiübergreifenden Kompromissen ist verantwortlich dafür, daß die frischgebackene ADR-Koalition bereits nach vier Wochen vor einer Zerreißprobe stand. Lucinschi lehnte sämtliche DKM-Kandidaten für das Amt des Regierungschefs ab und beauftragte schließlich den bisherigen Premier Ion Ciubuc erneut mit der Regierungsbildung. Ciubuc gilt als moderater Reformler und genießt hohes Ansehen selbst in den Reihen der Kommunisten. Obwohl alle drei Koalitionspartner einen jüngeren, dynamischeren Premier vorgezogen hätten, setzte sich Lucinschi mit seiner Nominierung durch. Die DKM verzichtete auf den ihr zustehenden Posten des Premiers, um die gesamte Regierungsbildung nicht zu gefährden. Mit einem Ministerpräsidenten Ciubuc hofft Lucinschi, eine Polarisierung innerhalb wie außerhalb des Parlaments zu verhindern und seinen eigenen Handlungsspielraum zu erweitern. In machtpolitischer Hinsicht kann die Nominierung Ciubucs als bislang größter Erfolg des Präsidenten Lucinschi gelten. Allerdings gelang es der ADR, Ciubucs technokratische Vorstellungen eines "überparteilichen, depolitisierten Expertenkabinetts" zumindest teilweise zu durchkreuzen und junge Reformler des prowestlichen Lagers auf Schlüsselpositionen zu berufen. Nach dramatischen Verhandlungen wurde am 21. Mai 1998 ein neues Kabinett unter Führung Ciubucs mit 59 zu 36 Stimmen vom Parlament bestätigt. Die erste auf einer institutionalisierten Mehrparteienkoalition basierende Regierung spiegelt die schwierige Kompromißsuche einer wahrlich "großen Koalition" zwischen ADR, Präsident und Regierungschef wider. Während die Kommunisten nicht mehr im Kabinett vertreten sind, konnten der angesehene Außenminister Nicolae Tăbăcaru und der Verteidigungsminister Valeriu Pasat ihre Ämter behalten. Begründete Hoffnungen auf einen konsequenten Reformkurs, der auch vor unpopulären Schritten nicht zurückscheut, ruhen vor allem auf dem für Wirtschaft und Reformen zuständigen 37jährigen Vizepremier Ion Sturza und dem 36jährigen Finanzminister Anatolie Arapu. Während sich Sturza als erfolgreicher Bankier und Geschäftsmann höchste Anerkennung verdiente, kann der bisherige Bot-

⁷ "Soglašenje ob obrazovanii pravjašeěj koalicii 'Al'janc za demokratiju i reformy' (ADR)", Nezavisimaja Moldova, 23.4.1998.

⁸ Infotag, 28.4.1998

⁹ Vgl. Infotag, 28.4.1998.

schafter in Brüssel Arapu auf eine dreijährige Erfahrung im Washingtoner Hauptquartier der Weltbank verweisen. Die Zusammensetzung des Kabinetts entspricht in etwa dem innerhalb der ADR vereinbarten Verteilungsschlüssel.¹⁰

Perspektiven für einen Neubeginn

Vor allem drei Fragen stehen im Vordergrund der künftigen Entwicklung des Landes, das vor enorm schwierigen Aufgaben steht.

1. Die neue Führung basiert auf einer insgesamt fragilen Konstruktion: Die einzelnen Parteien und Fraktionen der Koalition sind wenig konsolidiert und müssen interne ideologische Differenzen ausgleichen. Die ADR ist ein Zweckbündnis unterschiedlicher Kräfte, die über keine Erfahrungen mit parlamentarischen Koalitionen verfügen.¹¹ Schließlich ist offen, ob die Kooperation zwischen ADR, Premier und Präsident die Belastungen des täglichen Regierungsgeschäfts aushält. Größtes Problem ist die rapide sinkende Bereitschaft der Bevölkerung, neue Entbehrungen und Sparmaßnahmen mit zu tragen. Massive Protestaktionen, teilweise initiiert von den Kommunisten, werden die Regierungsarbeit der nächsten Monate begleiten. Allerdings gibt die bisherige Bereitschaft aller Beteiligten zu vernünftigen Kompromissen durchaus zu Optimismus Anlaß. Die tiefen persönlichen Zerwürfnisse zwischen den Akteuren konnten zumindest vorläufig überwunden werden. Die drohende Alternative einer Regierung unter Führung der PKRM scheint die reformbereiten Kräfte bisher wirkungsvoll zusammenschweißen. Disziplinierend wirkt zudem, daß ein Scheitern der neuen Führung auf alle drei ADR-Parteien zurückfallen würde.
2. Eines der größten Entwicklungshindernisse für Staat und Wirtschaft ist weiterhin der politische Separatismus im Osten des Landes. Der bisherige Verlauf des Verhandlungsprozesses zwischen Chişinău und Tiraspol zeigt, daß das antiwestliche Regime des transnistrischen Führers Igor Smirnov nicht wirklich an einer vernünftigen Kompromißlösung interessiert ist. Solange in Transnistrien keine substantiellen Veränderungen – demokratische und marktwirtschaftliche Reformen – sichtbar sind,¹² erscheint eine Einigung der moldauischen Zentralregierung mit dem prorussischen Osten unwahrscheinlich. Für die neue Mitte-Rechts-Regierung kommt erschwerend hinzu, daß sich Teile der Rechten mit einer Territorialautonomie für das abtrünnige Gebiet prinzipiell schwertun. Zudem hat die Rückkehr der Volksfront an die Macht eine negative symbolische Wirkung, die bereits von der transnistrischen Führung zur Rechtfertigung ihrer starren Haltung instrumentalisiert wird. So berichtete der Tiraspoler "Minister für Staatssicherheit" Antjufeev in einer Rede anläßlich des sechsjährigen Bestehens seiner Behörde von angeblichen Plänen der Chişinăuer Führung zur "Vernichtung der transnistrischen Staatlichkeit" durch "Spionage, Diversion, Provokationen und Terror".¹³ Seit der letzten Runde der Verhandlungen über den Status des Gebiets vom 20. März (Odessa), bei der u.a. die Entsendung ukrainischer Militärbeobachter nach Transnistrien vereinbart wurde,¹⁴ gerieten die Gespräche wieder ins Stocken. Langfristig wäre nur ein sichtbarer Erfolg moldauischer Wirtschaftsreformen in der Lage, die Attraktivität der Moldovarepublik entscheidend zu steigern und eine Wiedervereinigung beider Landesteile zu befördern.
3. Die notwendigen Strukturanpassungen werden in den nächsten Monaten und Jahren viel Geduld und Reformwillen erfordern. Nach den Anfangserfolgen der moldauischen Transformation wurde seit 1996 das Ausmaß des wirtschaftlichen Niedergangs offenbar. Die Beziehungen zu IWF und Weltbank erreichten Anfang 1998 einen Tiefpunkt, weil die Demonopolisierung von

¹⁰ Kabinettsliste und Kurzbiographien in Basa-Press, 23.5.1998.

¹¹ Am 28. Mai durchbrach der BDPM erstmals die Koalitionsdisziplin und ratifizierte gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Stimmen der ADR-Partner ein GUS-Abkommen über Zusammenarbeit im Katastrophenschutz, Infotag, 28.5.1998.

¹² Der jüngste Versuch, eine unabhängige Zeitung in Transnistrien ("Novaja gazeta", Tiraspol) zu gründen, wurde wie erwartet von transnistrischen Behörden vereitelt, Infotag, 26.5.1998.

¹³ Interlic, 26.5.1998.

¹⁴ Zu den Beschlüssen von Odessa vgl. das Interview mit dem Leiter der OSZE-Mission, Basa-Press, 8.5.1998.

Großbetrieben ebenso schleppend vorankam wie die Privatisierung strategischer Industrien und die Landreform. Zwar erzielte Moldova 1997 erstmals in den neunziger Jahren ein Wirtschaftswachstum (+1,3%), und auch die Inflationsrate konnte auf 11,2% gesenkt werden. Das Haushaltsdefizit jedoch beträgt immer noch immense 7,8% des BIP. Das Defizit im Außenhandel stieg auf bedrohliche 344 Mio. US-\$ und beträgt über 38% des Exportvolumens. Besonders dramatisch ist die Zunahme der Außenverschuldung auf 1.300 Mio. US-\$, also annähernd 60% des BIP, durch außerplanmäßige Kreditaufnahme 1997. Auch die soziale Lage hat mittlerweile einen Tiefpunkt erreicht. Zu den größten Problemen zählt seit 1996 die verspätete Auszahlung der Staatsgehälter, Renten und Sozialleistungen. Zwar gelang es der ersten Regierung Ciubuc, die Vorjahresschuld im Bereich der Renten spürbar abzubauen und laufende Zahlungen zu einem größeren Teil pünktlich zu gewährleisten. Doch gab es bei den Löhnen und Gehältern neue Engpässe, die nach einer zeitweisen Entspannung im letzten Jahr zu einer Gesamtverschuldung in Rekordhöhe von 413 Mio. Lei (87,5 Mio. US-\$) im Mai 1998 führten. Ursache der Misere ist nicht nur die Rückständigkeit und hochgradige Abhängigkeit der moldauischen Wirtschaft

von russischen Energieträgern, sondern auch die Politik der Regierungen, die notwendige Reformen verschleppten oder aufgrund der parlamentarischen Mehrheiten nicht durchsetzen konnten.¹⁵

In Anbetracht der drängenden Probleme hat Vizepremier Sturza drastische Reformmaßnahmen angekündigt und zur ersten Kabinettsitzung bereits einen 56 Punkte umfassenden Anti-Krisen-Plan vorgelegt. Noch im Juni sollen ein neues Budget verabschiedet und die Gespräche mit IWF und Weltbank wiederaufgenommen werden. Beide Organisationen haben bereits Unterstützung signalisiert und senden Verhandlungsmissionen zur Wiederaufnahme der Kreditzahlungen nach Chişinău. Nach Ansicht westlicher Experten gehören zu den vordringlichen Aufgaben Moldovas u.a. die Senkung des Haushaltsdefizits, die Verringerung des Außenhandelsdefizits, der Abbau der Auslandsverschuldung, die Beschleunigung der Privatisierung und Umstrukturierung wichtiger Staatsunternehmen (Energie, Telekommunikation, Tabak- und Weinindustrie) und die konsequente Fortsetzung der begonnenen Agrarreform. Darüber hinaus steht eine Reform der sozialen Sicherung, insbesondere des Rentensystems und der Sozialfonds sowie die grundlegende Neuordnung der Territorialverwaltung an. Ein von Regierungsexperten vorgelegtes Arbeitsprogramm ist den Vorgaben von IWF und Weltbank weitgehend gefolgt und sieht für 1998 einen Zuwachs des BIP von 3-5% und die Senkung der Inflationsrate auf 7-9% vor. Weniger realistisch erscheint dagegen das Bemühen um eine Reduktion des Haushaltsdefizits auf 3,5% des BIP. Gegenüber der wirtschaftlichen und sozialen Problematik nehmen sich außenpolitische Fragen zur Zeit vergleichsweise zweitrangig aus. An der strategischen Priorität einer Integration in europäische Strukturen besteht im Regierungslager ebenso wenig Zweifel wie an der Tatsache, daß jede Außenpolitik auf absehbare Zeit der wirtschaftlichen Genesung des Landes dienen muß. Im Vordergrund stehen dabei die nachbarschaftlichen Beziehungen zu Rumänien und der Ukraine einerseits, die Zusammenarbeit mit den Kreditoren aus Ost und West andererseits. Auch die Kooperation mit Georgien, der Ukraine und Aserbajdschan im Rahmen der informellen GUAM-Allianz verfolgt primär ökonomische Ziele. Mittelfristig verspricht sich Chişinău Zugang zu Kaspischem Öl durch gemeinsame Pipelineprojekte, langfristig zielt die GUAM auf eine Anbindung an künftige Energie- und Handelskorridore zwischen EU und den ASEAN-Staaten.

Nach sieben weitgehend verschenkten Jahren haben die jüngsten Wahlen der Republik Moldova eine zweite Chance für Reformen beschert. Zwar erscheinen die Probleme des Landes immens, doch sind die innenpolitischen Kräfteverhältnisse für eine durchgreifende wirtschaftliche und politische Modernisierung heute günstiger denn je. Es bleibt abzuwarten, ob Präsident, Regierung und die neue parlamentarische Koalition gemeinsam in der Lage sind, die Chance für einen Neubeginn zu nutzen.

Klemens Büscher

Der Verfasser ist Doktorand am Seminar für Politische Wissenschaft der Universität zu Köln.

Redaktion: Olga Alexandrova

¹⁵ Zur Wirtschaftslage vgl. ausführlich Moldovan Economic Trends, Quaterly Issue, February 1998 (Ministry of Economics and Reform/Commission of the European Union DG I A); The Economist Intelligence Unit, Country Report Belarus – Moldova, 1st quarter 1998. Zur IWF-Beurteilung vgl. den ausführlichen Bericht des IWF vom 27.5.1998, wiedergegeben in Infotag weekly business report, 20, May 1998.